

# Die linke Stimme

[www.ostsee-rundschau.de/Die-linke-Stimme.htm](http://www.ostsee-rundschau.de/Die-linke-Stimme.htm)

Mitteilungsblatt Nr.19 Ausgabe September / Oktober 2017

Der Ortsverband und die Stadtfraktion DIE LINKE  
Ribnitz-Damgarten informieren



**Unser Kurs liegt an!  
Für Frieden und Völkerverständigung!  
Gegen Krieg und Kriegshetze!**



**Nächste Parteiversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE Ribnitz-Damgarten  
am Montag, 16. Oktober 2017, 18 Uhr**

**Nächste Stadtfraktionssitzung DIE LINKE Ribnitz-Damgarten am Montag, 16.  
Oktober 2017, 17 Uhr**

## **EINLADUNG**

**Am Montag, dem 16. Oktober 2017, um 18.00 Uhr führen wir in der Gaststätte  
und Pension "Am Bodden" in Ribnitz-Damgarten, Körkwitzer Weg 21 B unsere  
nächste Parteiversammlung**

des Ortsverbandes DIE LINKE Ribnitz-Damgarten durch, zu der alle Genossinnen  
und Genossen sowie alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus Ribnitz-Damgarten

und der Umgebung wieder herzlich eingeladen sind.

Im **Mittelpunkt** der Zusammenkunft stehen der

**Gedankenaustausch zu aktuell-politischen und kommunalpolitischen Fragen**  
sowie die

**Auswertung der Bundestagswahlen** am 24. September 2017 und des

**Kreisparteitages unserer Partei DIE LINKE Vorpommern-Rügen**

in Ribnitz-Damgarten am 16. September 2017.

**Eckart Kreitlow**, Ortsvorstand DIE LINKE Ribnitz-Damgarten

• **Nächste Stadtfraktionssitzung DIE LINKE Ribnitz-Damgarten am 16. Oktober 2017 um 17 Uhr**

Am **Montag, den 16. Oktober 2017, um 17.00 Uhr** findet ebenfalls in der **Gaststätte und Pension "Am Bodden" in Ribnitz-Damgarten, Körkwitzer Weg 21 B** die nächste Sitzung der Stadtfraktion DIE LINKE

Ribnitz-Damgarten statt, zu der unsere Fraktionsvorsitzende, **Genossin Heike Völschow**, alle Fraktionsmitglieder sowie berufenen Bürgerinnen und Bürger der Stadtfraktion Ribnitz-Damgarten herzlich einlädt.

• **Nächste Sitzung der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten am 18. Oktober 2017 um 18 Uhr**

Die nächste Sitzung der **Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten** findet am **Mittwoch, dem 18. Oktober 2017, um 18.00 Uhr** im Rathaussaal im Rathaus Ribnitz-Damgarten, Am Markt 1 statt.

# DIE LINKE in Ribnitz-Damgarten

[www.ostsee-rundschau.de/Linke-in-RDG.htm](http://www.ostsee-rundschau.de/Linke-in-RDG.htm)

## Herzliche Glückwünsche an Kerstin Kassner zur Wiederwahl in den Deutschen Bundestag

-----Original-Nachricht-----

Betreff: Herzlichen Glückwunsch von uns allen zum Wiedereinzug in den Bundestag  
Datum: 2017-09-25T13:08:24+0200  
Von: "Eckart Kreitlow" <[eckartkreitlow@t-online.de](mailto:eckartkreitlow@t-online.de)>  
An: "Kerstin Kassner" [kerstin.kassner.ma04@bundestag.de](mailto:kerstin.kassner.ma04@bundestag.de)

Liebe Kerstin,

es war zwar zunächst noch nicht klar, ob Du den Wiedereinzug in den Bundestag schaffen würdest.

Doch jetzt, wo es sicher ist, dass Du den Wiedereinzug in den Bundestag geschafft hast, möchten wir Dir alle recht herzlich zu dem großartigen Erfolg gratulieren und Dir im Namen aller Mitstreiterinnen und Mitstreiter und aller Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes DIE LINKE Ribnitz-Damgarten alles erdenklich Gute wünscht!

Herzliche Grüüßel

Eckart



## Ostsee-Rundschau.de



Kreisparteitag DIE LINKE Vorpommern-Rügen 2017 in Ribnitz-Damgarten

**Kreisparteitag DIE LINKE Vorpommern-Rügen mit Dr. Dietmar Bartsch (MdB) in Ribnitz-Damgarten mit der Neuwahl des Kreisvorstandes DIE LINKE Vorpommern-Rügen - Kerstin Kassner (MdB) einstimmig als Vorsitzende des Kreisvorstandes DIE LINKE Vorpommern-Rügen wiedergewählt!**



**Dr. Dietmar Bartsch in seiner eindrucksvollen Rede in Ribnitz-Damgarten: "Es geht bei der Bundestagswahl wirklich um etwas. Wenn wir als Linke im Bundestag stärker werden, wird sich das auch künftig in den Beschlüssen des Bundestages wiederfinden!"**

**Ribnitz-Damgarten.** Am Samstag, dem 16. September 2017, fand im Begegnungszentrum Ribnitz-Damgarten in der Zeit von 10.00 Uhr bis gegen 16.30 Uhr der Kreisparteitag DIE LINKE Vorpommern-Rügen mit dem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl Dr. Dietmar Bartsch (MdB) statt. Der Kreisparteitag war gleichzeitig mit der Neuwahl der Mitglieder des Kreisvorstandes DIE LINKE Vorpommern-Rügen und der Mitglieder der Kreisfinanzrevisionskommission sowie von Mitgliedern für den Landesausschuss und der Delegierten für den 6. Landesparteitag DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern am 18. und 19. November 2017 in Neubrandenburg verbunden. An ihm nahmen 64 Genossinnen und Genossen sowie einige Gäste teil.

Die Bundestagsabgeordnete Kerstin Kassner, die zugleich auch Spitzenkandidatin im Wahlkreis 15 für die Bundestagswahl am 24. September 2017 ist, stellte sich auch zur Wiederwahl als Kreisvorsitzende DIE LINKE von Vorpommern-Rügen und erhielt bei der Wahl einhundert Prozent der abgegebenen Stimmen. Zu ihren beiden

Stellvertretern wurde gewählt der Landtagsabgeordnete von Mecklenburg-Vorpommern Dr. Wolfgang Weiß und Wolfgang Meyer, Mitglied des Kreistages Vorpommern-Rügen. Als Schatzmeister wurde Armin Latendorf als weiteres Mitglied in den Kreisvorstand gewählt. Weitere Mitglieder in dem neugewählten Kreisvorstand DIE LINKE von Vorpommern-Rügen sind Christina Winkel, Ingrid Hoffmann, Andrea Kühl, Matthias Schmeißer, der auch Kreisgeschäftsführer ist, sowie Eckart Kreitlow.

In die Kreisfinanzrevisionskommission wurden gewählt: Gudrun Kian, Gerda Richter und Heidrun Hryniew. Vertreterinnen und Vertreter im Landesausschuss sind: Jan Gottschling (Ersatzvertreter Matthias Schmeißer) sowie Christiane Müller (Ersatzvertreterin Christina Winkel). Als Delegierte für den Landesparteitag DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern am 18./19. November 2017 in Neubrandenburg wurden gewählt: Kerstin Kassner, Ina Latendorf, Doris Lieger, Christina Winkel und Ingrid Hoffmann sowie Armin Latendorf, Dr. Wolfgang Weiß, Christian Delfs, Jan Gottschling und Matthias Schmeißer.

Nach der Eröffnung des Kreisparteitages, der Wahl des Arbeitspräsidiums, der Mitglieder der Gremien für die Durchführung der Wahlen und der Erstattung der Rechenschaftsberichte des Kreisvorstandes und der Kreisfinanzrevisionskommission etc. erhielt der Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im 18. Deutschen Bundestag und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 Dr. Dietmar Bartsch das Wort. Zuvor wurde Dr. Dietmar Bartsch sehr herzlich begrüßt. In seiner sehr eindrucksvollen etwa 45-minütigen Rede hob Dr. Bartsch besonders hervor: "Es geht bei der Bundestagswahl wirklich um etwas. Wenn wir als Linke im Bundestag stärker werden, wird sich das auch künftig in den Beschlüssen des Bundestages wiederfinden!"

Im weiteren Verlauf ging Dr. Bartsch auf sehr viele Aspekte ein, die auch vor allem schlüssig und nachvollziehbar waren und sind. So wurden zum Beispiel unter anderem die in der Bundesrepublik gravierend auseinandergehenden Vermögens- und Einkommensverhältnisse ebenso angesprochen wie weitere innenpolitische als auch außenpolitische Themen. Dabei wurde auch eine Reihe von Zahlen genannt, die die Darlegungen dadurch deutlich bzw. nachvollziehbarer machen.

So gehe die Schere zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik dramatisch auseinander. Sechsdreißig Milliarden besäßen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland. Zu diesem gigantischen Vermögen seien sie nur entweder durch Ausbeutung anderer oder durch Erbschaften gekommen. Hier fordern wir, so Dr. Bartsch, die Einführung einer angemessenen Vermögenssteuer. Zudem gäbe es 1,2 Millionen Einkommensmillionäre. Die Löhne differierten bei gleichwertiger Arbeit in Ost und West nach wie vor noch um 25 Prozent. Im Osten bekomme man für die gleiche Arbeit fünfzig Prozent weniger. Dafür gäbe es keinerlei sachlichen Grund.

DIE LINKE fordere die Begrenzung der Managergehälter. Konkret verwies Dr. Bartsch darauf, dass wir in Deutschland eine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern auf das Zwanzigfache der untersten Lohngruppen des jeweiligen Unternehmens bräuchten. In diesem Zusammenhang nannte er hahnebückende Beispiele von unangemessen hoher Bezahlungen bzw. Einkommen, die einfach obszön sind und mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun hätten. So habe die Ex-Verfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt für ihre gerade einmal

dreizehnmönatige Tätigkeit im Vorstand des VW-Konzerns nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand von Volkswagen eine **Abfindung von sage und schreibe rund 13 Millionen Euro (!)** erhalten.

Die Erbin von BMW Susanne Klatten, zurzeit die reichste Frau Deutschlands, Tochter des 1982 verstorbenen Industriellen Herbert Quandt, habe im April dieses Jahres bei der **Dividenden-Ausschüttung die Summe von einer Milliarde 74 Millionen Euro** erhalten. Völlig leistungslos, ohne die Erbringung irgendeiner Leistung. Der VW-Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn, der nach dem Abgasskandal bei VW zurückgetreten ist, soll eine Rente von etwa 30 Millionen Euro beziehen, während bei den Altersrentnern in Deutschland, die eine gesetzliche Altersrente bezögen, diese häufig kaum zum Leben reiche. Viele von ihnen müssten sich im Alter noch unbedingt etwas zuverdienen, um über die Runden zu kommen.

Vorher habe Martin Winterkorn ein Jahresgehalt von ungefähr 17,1 Millionen Euro pro Jahr bekommen. Auf der anderen Seite gebe es 13 Millionen Menschen in Deutschland, die arm sind oder von Armut bedroht sind. 2,7 Millionen Kinder sind in Deutschland arm oder von Armut bedroht. Da stimme doch etwas in Deutschland nicht. Dies sei doch nicht normal. Der Sozialstaat müsse dringend wieder hergestellt werden.

Bei der Brennelementesteuer habe der Bundesfinanzminister Schäuble mit den Betreibern der Atomkonzerne im Zusammenhang mit dem Atomausstieg falsche Verträge abgeschlossen. Dadurch konnten sich die Konzerne 7,4 Milliarden Steuern vom Staat wieder zurückerstatten lassen. Des Weiteren führte Dr. Bartsch an, dass sich das Vermögen bei den 500 reichsten Familien von 2011 500 Milliarden auf 692 Milliarden Euro 2016 gesteigert habe. Das seien zwei Bundeshaushalte. Da müsse Politik etwas tun und für Begrenzung und Balance in unserem Land sorgen.

Beim Abgasskandal wurde bewusst manipuliert. Extra Software wurde entwickelt, mit der bewusst manipuliert wurde, was zu Lasten der Umwelt, der Wirtschaft und der Menschen ging. Statt sich mit den Betroffenen zusammenzusetzen, setzte sich Merkel mit den Verursachern zusammen.

Zur Außenpolitik sagte Dr. Bartsch unter anderem, dass es Unsinn sei, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt werde. Was sei denn in Afghanistan erreicht worden? Die Taliban ist wieder auf dem Vormarsch. Vieles sei schlimmer als vorher. 50 getötete Bundeswehrsoldaten, Tausende getötete Zivilisten. DIE LINKE lehne konsequent Kampfeinsätze ab. Da könne man uns beim Wort nehmen. Wir sind auch gegen Rüstungsexporte.

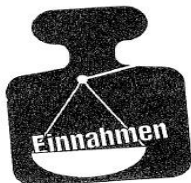
Weiter bezog Dr. Bartsch zu Hunger und den Kriegen in der Welt Stellung. 795 Millionen Menschen in der Welt lebten in Hunger und Elend. Alle zehn Sekunden sterbe ein Kind an Hunger auf der Welt. Gegenüber der heimischen Landwirtschaft werden die Preise gedrückt. Die Preise bei Milch bei den einheimischen Landwirten seien im Keller. Milchpulver werde nach Afrika geliefert. Dadurch mache man dort die einheimische Landwirtschaft kaputt. Hunger und Kriege seien die größten Fluchtursachen. Wichtig sei es, den Menschen durch eine richtige Entwicklungspolitik vor Ort zu helfen.

**Eckart Kreitlow**

## Gerechtigkeit Gewicht geben

### Finanzierung

Häufig unterstellen andere Parteien der Fraktion DIE LINKE, sie fordere Luftschlösser und ihre Forderungen seien nicht finanzierbar. Aber an der unten angefügten Aufstellung wird dargestellt, dass die Forderungen durchaus finanzierbar sind, wenn man nur will. Das Geld für ein besseres Leben für alle ist vorhanden, es muss nur von oben nach unten umverteilt werden:



- 80 Milliarden Euro** Millionärssteuer
- 5 Milliarden Euro** Erbschaft- und Schenkungssteuer
- 35 Milliarden Euro** angemessene Unternehmensbesteuerung
- 30 Milliarden Euro** Finanztransaktionssteuer
- 13 Milliarden Euro** Verbesserung des Steuervollzugs
- 15 Milliarden Euro** Gemeindefinanzierungssteuer
- 8,5 Milliarden Euro** Abbau umweltschädlicher Subventionen, u. a. steuerliche Gleichstellung von Dieselmotoren
- 6,9 Milliarden Euro** Senkung des Verteidigungsetats
- 11 Milliarden Euro** zulässige Nettokreditaufnahme



- 2,7 Milliarden Euro** Integrationszukunftprogramm
- 2,7 Milliarden Euro** zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- 40 Milliarden Euro** Verbesserung der Leistungen bei Hartz IV
- 30 Milliarden Euro** Rentengerechtigkeit
- 6,4 Milliarden Euro** sozialer gemeinnütziger Wohnungsbau, energetische Gebäudesanierung, Wohngelderhöhung
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Arbeitsmarktpolitik
- 8,4 Milliarden Euro** Hochschul- und Berufsbildung
- 4 Milliarden Euro** Gesundheitspolitik
- 22,5 Milliarden Euro** Kinderarmut bekämpfen
- 1 Milliarde Euro** Rechte für Menschen mit Behinderungen
- 7,6 Milliarden Euro** Verkehrsinvestitionen
- 11 Milliarden Euro** Breitbandausbau
- 2,6 Milliarden Euro** Sportstätten und Bäder
- 2,3 Milliarden Euro** Wasserversorgung
- 2,5 Milliarden Euro** aktive Friedenspolitik
- 36 Milliarden Euro** Investitionen in Schulen, Kita-Ausbau, Qualität der Erziehung und Betreuung in Kitas, Weiterbildung

# DIE LINKE.

Immer wieder werde ich gefragt wie man mich wählen kann? Wenn Sie im Wahlkreis Düsseldorf II wohnen mit Ihrer Erststimme. Im gesamten Bundesgebiet wählen Sie mich mit Ihrer Zweitstimme. Die Zweitstimme bestimmt die Stärke unserer Fraktion im Bundestag. Deshalb:

Zweitstimme  
DIE LINKE  
ist  
Sahra-Stimme!



Sahra  
Wagenknecht

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## Rente - Einfach von den Österreichern abschreiben



Aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zufolge waren rund eine Million Männer und Frauen im Alter von 65 bis 74 Jahren im vergangenen Jahr erwerbstätig. Etwa 600.000 von ihnen haben zusätzlich zur Rente gearbeitet, für 346 000 war die Arbeit im Alter die wesentliche Einkommensquelle.

Das kommentiert Sahra Wagenknecht: "Rund eine Million Männer und Frauen im Alter von 65 bis 74 Jahren war laut Statistischem Bundesamt im vergangenen Jahr erwerbstätig. Das ist ein enormer Anstieg von 5 Prozent im Jahr 2006 auf 11 Prozent im letzten Jahr. Rund ein Drittel von ihnen gibt an, zur Arbeit im Alter gezwungen zu sein, da die Rente nicht zum Leben reiche. Ich finde: Das muss sich ändern. Altersarmut muss nicht sein; es gibt Alternativen. Österreich zeigt, wie es geht. Dort zahlen alle in die gesetzliche Rentenkasse ein, das Rentenniveau liegt deutlich höher und der Durchschnittsrentner hat 800 Euro pro Monat mehr zur Verfügung als bei uns.

Wenn die Bundesregierung zur Entwicklung eines solchen Gesetzes einfach nur zu doof wäre, könnte sie also einfach von den Österreichern abschreiben. Das Problem ist aber wohl eher, dass sie die immer weitere Privatisierung und Aushöhlung der Rente ganz bewusst und im Interesse von Versicherungskonzernen betreibt. Wer deshalb Alternativen zur Altersarmut will, muss Riester-Schwachsinn und Rentenschwächung à la Betriebsrentenstärkungsgesetz von Nahles im September eine Absage erteilen."